

**Antrag 121/II/2025****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Kritische Staatsaufgaben sichern – Kein privater Wachschutz für sicherheitsempfindliche Bereiche**

1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und die SPD-  
 2 Mitglieder in der Bundesregierung sowie subsidiär, so-  
 3 weit betroffen, die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
 4 und die SPD-Mitglieder des Berliner Senats werden aufge-  
 5 fordert sich dafür einzusetzen, dass in besonders sicher-  
 6 heitsempfindlichen Bereichen Sicherheitsaufgaben nicht  
 7 mehr an private Sicherheitsanbieter ausgelagert bzw. ver-  
 8 geben werden.

9

10 Dies umfasst insbesondere die folgenden Maßnahmen:

- 11 • Die Beauftragung von privaten Sicherheitsunter-  
 12 nehmen in sicherheitsrelevanten Bereichen muss  
 13 kritisch überprüft werden.
- 14 • Sie wird mittelfristig von eigenem Personal, ver-  
 15 antwortet und integriert in den Sicherheitsappa-  
 16 rat überführt werden. Das betrifft Polizei, Bundes-  
 17 wehr (u.a. Waffen- Munitionsdepots, IT), Gerichte  
 18 und Staatsanwaltschaften.
- 19 • Prüfung/ Schaffung integrierter Sicherheitsstruktu-  
 20 ren wie beim BKA, dem BND und dem BfV mit dauer-  
 21 hafter Bindung des Personals an den beschäftigten-  
 22 den Geschäftsbereich,
- 23 • Führung der Sicherheitsstrukturen durch Beamt\*in-  
 24 nen der Polizei oder Justiz bzw. im Geschäftsbereich  
 25 BMVg durch Soldat\*innen,
- 26 • strenge Auswahl von privaten Sicherheitsunterneh-  
 27 men für alle übrigen staatlichen Einrichtungen.

28

29

**Begründung**

31 Zur Aufrechterhaltung des deutschen Staates und sei-  
 32 ner Rechts- und Werteordnung sowie zur öffentlichen  
 33 Daseinsfürsorge verfügt die Bundesrepublik Deutschland  
 34 über eine Vielzahl von, teils sicherheitsempfindlichen,  
 35 Dienststellen und Institutionen/ Behörden, welche zur  
 36 Auftragserfüllung der ihnen obliegenden hoheitlichen  
 37 Aufgaben und Durchsetzung des staatlichen Gewaltmo-  
 38 nopols in Teilen besonders sicherheitsempfindliches Ma-  
 39 terial von Waffen und Munition, über IT bis hin zu Fahr-  
 40 zeugen vorrätig halten.

41

42 Zum Schutz eben dieser Liegenschaften und Dienststellen  
 43 wurden in den vergangenen Jahren viele Sicherheitsauf-  
 44 gaben, oft mit dem Argument der Kosteneffizienz, an pri-  
 45 vate Sicherheitsauftragnehmer übertragen. So wurde bei-  
 46 spielsweise die militärische Wache an der weit überwie-  
 47 genden Anzahl der militärischen Standorte abgeschafft

48 und diese Aufgabe durch die weitgehende Vergabe an pri-  
49 vate Sicherheitsunternehmen ausgelagert<sup>[1][2]</sup>. Im Er-  
50 gebnis ist der Schutz von besonders sicherheitsempfind-  
51 lichen Standorten mit den dort gelagerten Waffen, Muni-  
52 tionsvorräten und anderem Material weitestgehend von  
53 der Zuverlässigkeit ziviler und privatwirtschaftlich organi-  
54 sierter Auftragnehmer abhängig.

55 In der Folge stellen somit auch private Sicherheitsanbieter  
56 die Zutrittskontrolle zu militärischen Sicherheitsberei-  
57 chen und Standorten sicher.

58  
59 Ähnlich verhält es sich in ganz Deutschland bei der Siche-  
60 rung von Polizeidienststellen und anderen Einrichtungen.  
61 Auch die Sicherheit von und an Gerichten und Staatsan-  
62 waltschaften obliegt in einer Vielzahl der Bundesländer  
63 privatwirtschaftlichen Sicherheitsunternehmen.

64  
65 Gleichzeitig mehrten sich in den letzten Jahren Berichte  
66 über Herausforderungen im privaten Sicherheitsgewerbe.  
67 Insbesondere das Thema Rechtsextremismus, aber auch  
68 der Phänomenbereich Islamismus, waren immer wieder  
69 ein wichtiges Thema im Kontext privater Sicherheitsun-  
70 ternehmen.

71  
72 Parallel zu dieser Entwicklung verzeichneten Polizeien  
73 deutschlandweit und die Bundeswehr in den letzten Jah-  
74 ren überdies steigende Zahlen verschwindender Dienst-  
75 waffen und Munition.

76  
77 Die Sicherheit an besonders sicherheitsempfindlichen Lie-  
78 genschaften, insbesondere an Standorten mit Lagerun-  
79 gen von Waffen und Munition, muss nach der gängi-  
80 gen Praxis beim Bundeskriminalamt, dem Bundesnach-  
81 richtendienst und dem Bundesamt für Verfassungsschutz  
82 zwingend wieder enger an das staatliche Gewaltmonopol  
83 gekoppelt werden.

84  
85 Wenngleich die Entwicklung um verschwundene Dienst-  
86 waffen und Munition nicht zwingend an die Herausforde-  
87 rungen im privaten Sicherheitsgewerbe gekoppelt ist, so  
88 muss der Staat zwingend und vollumfänglich sicherstel-  
89 len, dass diese Entwicklung zukünftig auch nicht eintreten  
90 kann.

91  
92 Hierfür ist sicherzustellen, dass die Sicherheit an sicher-  
93 heitsrelevanten Standorten wieder von privaten Auftrag-  
94 nehmern auf staatliche Sicherheitsstrukturen übertragen  
95 wird und das Sicherheitspersonal langfristig an den Ge-  
96 schäftsbereich gebunden wird.

97  
98 Darüber hinaus dürfte das Argument der Kosteneffizienz  
99 bei einer genaueren Betrachtung wohl kaum zu tragen  
100 vermögen, sodass auch aus diesem Grund eine Rücküber-

101 tragung auf behördliche/ staatliche Strukturen geboten  
102 wäre.  
103

---

<sup>1</sup>#\_ftn1

<sup>2</sup>#\_ftn2